



Künftige Politik mit Verstand oder mit Bauchgefühl

Zu viele Parlamentsparteien und soziale Medien verführen zur Radikalität

Jeder will sich in Szene setzen. Das ist nicht neu, auch nicht im politischen Leben. In einer Demokratie ist nachgerade gewünscht, mit einem bunten Angebot von Ideen um Wählerstimmen zu werben. Um Wählerstimmen ringen? Mit diesem Begriff aus der Sportwelt bekommt das Werben schon einen schärferen Klang. Brutal wird es aber, wenn mit Fake News die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen in den Dreck gezogen wird. Natürlich machen Derartiges immer nur „die anderen“.

Wenn man der amtierenden Bundeskanzlerin einen Vorwurf nicht machen kann, dann ist es jener der Hetze oder Verunglimpfung. Ihre Sprache, ihr Auftreten, ihre Ziele waren stets vom Wunsch des Zusammenführens geprägt. Das galt für die jeweilige Koalition, das galt für das politische Klima in Deutschland, gerade auch mit den einzelnen Bundesländern, das galt und gilt auch für das Zusammenleben der in ihrer Geschichte oft aufs Glatteis oder in die Schützengräben gelenkten europäischen Völker und das gilt wohl auch für manche internationale Zusammenarbeit. Auf Kontinuität bei Merkel konnte man sich verlassen. Sie trieb nicht jeden Tag – Verzeihung – eine andere Sau durchs Dorf und ergötzte sich an den Beleidigungen, sie nahm vielmehr die Würde des Menschen ernst.

Ein solches Verhalten finden Bauchredner und Schreihälse langweilig. In den neueren Zeiten der Rhetorik a la Trump, Erdogan oder Alice Weidel kam Merkels pragmatischer Führungsstil immer weniger an. So glaubte vor kurzem auch der durchaus besonnene Parteienforscher Karl-Rudolf Korte, dass „der pragmatische Führungsstil am Ende“ sei. Was aber kommt auf uns zu, unabhängig von Kandidaten?

Sorgen der Bürger ernst nehmen

Die Wahlergebnisse der letzten drei Jahre rütteln die Parteien auf, wieder mehr „die Sorgen der Bürger“ in den Vordergrund zu stellen. Das ist natürlich der Sinn der Politik oder sagen wir, eines verantwortlichen Handelns. Doch welchen Bürger haben die Politiker im Visier? Das „arme Mütterchen“, die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer oder die grenzenlose Bereicherung von Konzernen und deren Aktieninhabern? Ein „grüneres Bayern“, eine sichere Energieversorgung, ein ausländerfreies Sachsen? Die Zielrichtung ließe sich ver Hundertfachen, auch durch die stärkere Betonung des „flachen Landes“ oder der Beseitigung der Wohnungsnot in den Ballungsräumen. Für jede Bürgergruppe könnte es eine eigene Partei geben. Da aber keine dieser vielen Parteien die absolute Parlamentsmehrheit erreichen wird, bedarf es wieder „verwässerter“ Zusammenarbeit, mit dem Ergebnis der Unzufriedenheit bei den

Fundamentalisten. Klare Kante, eigene Handschrift, linke Werte, nationale Interessen – jeder sucht sich seine Wortwahl und Präferenz. Wer aber bringt letztlich alles in ein akzeptiertes Handeln?

Es kann in der modernen Welt nur eine Antwort geben: die öffentliche Diskussion in den vielen Parteien und sozialen Medien muss in eine intensive parlamentarische Beratung einfließen. Nicht das persönliche Palaver von Möchtegern-Politikern in alten und neuen Medien, auch nicht in Talk-Shows, sondern das verantwortete Abstimmungsergebnis bündelt „die Sorgen der Bürger“. Angela Merkel kann man in diesem Zusammenhang durchaus den Vorwurf machen, dass sie für die Flüchtlingspolitik und vor allem für die dramatische Lage im Sommer und Herbst 2015 keinerlei Parlamentszustimmung suchte. Die einen berauschten sich an der Hilfsbereitschaft der Menschen, die anderen spürten ohnmächtige Wut wegen der „Welle“, die auf sie hernieder schwappte. Statt öffentlicher Debatte kam die Verbreitung von Gerüchten – inzwischen glaubt man in interessierten Kreisen alles, was nützt. Die Bauch-Politik hat Konjunktur. Mit ihr einher geht die Spaltung der Gesellschaft.

Sicherheitspolitische Sorgen der Bürger

Was die innere Sicherheit betrifft, hat die „Angst der deutschen Frau, nachts alleine auf der Straße gehen zu müssen“, NS-Rhetorik angenommen. Überall lauern sexsüchtige Ausländer und kriminelle Banden. Das jüngste Beispiel, wenn deutsche Mädchen aus deutschen Diskos auf die Straße gelockt und vergewaltigt werden, gehört in diese Vorstellungswelt. Die ungezählten Fernseh-Krimis mit entsprechender Thematik vertiefen die unsicheren Gefühle. Welche(r) Politiker(in) schafft es, zu paradiesisch-deutschen Zuständen zurückzukehren? So wie Trump, der den US-Amerikanern eine ungefährdete Zukunft verheißt?



Rose – Rühle, Sicherheitspolitik der 1990er diente dem Frieden

Die äußere Sicherheit weist zu viele Facetten auf, als dann man sie in einem kurzen Essay abhandeln kann. Jahrzehnte lang galt, dass „die deutschen Interessen“ am besten multinational aufgehoben sind. Nie wieder Krieg – umzingelt von Freunden, das waren Motto und Ziel. Heute, wo man UNO-Ziele schnöde ablehnt, weil sie Multilateralismus bedeuten und „America

first“ gefährden, wo man in gewissen Kreisen stets der EU alles Böse zutraut und dem Nationalstaat (wieder) alles Gute, möchte man auf Eigenes zurückgreifen, am besten noch in kleineren Einheiten. Landesherr im eigenen (Klein-) Staat zu sein, das verspricht Ordnung und Ruhe, das befriedigt den Bauch-Politiker, der auch frei jeder Fremdsprachenkenntnis ist. Doch ist Derartiges überhaupt zukunftsfähig, angesichts der globalen Welt und vor allem der Dauerpräsenz internationaler Medien?

Eine der größten Gefahren und durch Trump salonfähig gemacht ist die scharfe Rhetorik und das tägliche Handeln aus dem Bauch heraus. Wie einst zum Ende des Alten Testaments und seines Schwächlings Pontius Pilatus schreien die aufgepeitschten Menschen wieder „Kreuziget ihn“. Da werden „die Flüchtlinge“ zu Kriminellen gestempelt, „die Ausländer“ zu Feinden und „die Männer mit anderer Hauttönung“ zu Bestien. Geschäfte aber macht dieser Trump durchaus mit allen möglichen Kriminellen, mit Steuern hinterziehenden Konzernen ebenso wie mit reichen Emporkömmlingen am Arabischen Golf oder in Afrika. Man muss aber nicht nur auf Trump deuten!

Gehört in dieses Bild der Aufschrei linker Gruppierungen, weil die Bundeswehr weiterhin saudische Soldaten ausbildet? Die Grünen geben sich neuerdings so modern-konservativ, doch bei der Ausbildung von Soldaten durch deutsche Vorbilder fallen sie in alte Denkmuster zurück. Bei Waffenexporten kann man durchaus diskutieren. Wenn aber unsere Bundeswehr die Werte der Inneren Führung und der demokratisch-parlamentarischen Kontrolle in möglichst viele Länder der Welt exportieren will, soll es da einen Stopp geben? Ausländische Offizieranwärter an der Führungsakademie in Hamburg sollten weiterhin willkommen sein, so wie in den 1990er Jahren jene aus den ehemals sowjetischen oder auch chinesischen Streitkräften. Nicht bloß deutsche Autos sind/waren Exportschlager, sondern auch das Grundprinzip der Bundeswehr. Darüber sollte das deutsche Parlament immer wieder Konsens finden. Es dient dem Frieden.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de